

# 's Rote Männle



Informationen von Josip Juratovic MdB

6. Ausgabe • Januar 2011

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,*

seit mehr als einem Jahr wird Deutschland von Schwarz-Gelb regiert. Das hat unserem Land geschadet: Trotz eines weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungs müssen immer mehr Menschen in unserem Land zu prekären Löhnen arbeiten. Die Politik wird ent-solidarisiert, besonders im Gesundheitssystem.

Gleichzeitig bedient Schwarz-Gelb die Interessen ihrer eigenen Klientel: Hoteliers zahlen weniger Mehrwertsteuer, die Atomlobby darf noch länger Gewinne einstreichen und Atom-müll produzieren. Diejenigen, die täglich für unseren Wohlstand hart arbeiten, haben das Nachsehen bei schwarz-gelber Politik. Soziale Gerechtigkeit geht anders!

In der Opposition in Berlin ist es für die SPD schwierig, die Politik zu gestalten. Dafür setze ich mich hier vor Ort umso mehr für Ausbildung und Arbeitsplätze ein. Mit dem von mir ins Leben gerufenen Initiativkreis „Hauptschülern eine Chance geben“ haben wir auf einer Ausbildungsmesse über 400 Jugendliche beim Weg von der Schule in Ausbildung unterstützt.

Schwarz-Gelb macht Politik zum Abwählen. Am 27. März haben wir in Baden-Württemberg dazu eine erste Chance: Mit Nils Schmid und der SPD können wir Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute Arbeit, Chancengerechtigkeit und Innovation machen.

*Ihr  
Josip Juratovic*



## □ NILS SCHMID: MIT HERZ UND VERSTAND.

Am 27. März ist Landtagswahl. Unser Spitzenkandidat **Nils Schmid** ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Er ist der richtige Mann für Baden-Württemberg: Kompetent, sachlich, zuverlässig.

## INHALTSVERZEICHNIS

### □ WAHLKREIS

Vor Ort: Betriebsbesuche	2
Ausbildungsmesse in Heilbronn	3
Merkel kürzt Ausbildungsbonus	3

### □ BADEN-WÜRTTEMBERG

S21: Volksabstimmung 2011	4
Ausbau der Frankenbahn	4
Neuanfang mit Nils Schmid	5

### □ BERLIN

Interview: 1 Jahr Schwarz-Gelb	6
Arbeitswelt altersgerecht gestalten	7
Integrationsdebatte	7

### □ ZU GUTER LETZT

Impressionen meiner Arbeit	8
Impressum	8

# SPD

# Josip Juratovic besucht regionale Betriebe

## Der Mittelstand steht für Innovation und Ausbildung, lernte der Politiker

**Wer in Berlin Politik für die Menschen machen will, muss ihr Arbeitsleben und ihre Bedürfnisse kennen. Deswegen besucht Josip Juratovic zahlreiche Unternehmen in seinem Wahlkreis. „Bei Betriebsbesuchen kann ich auch sehen, ob die in Berlin beschlossenen Gesetze in der Praxis Sinn machen“, so Juratovic.**

Eines dieser Gesetze ist das von der SPD initiierte milliardenschwere Konjunkturpaket II, das während der Wirtschaftskrise



Artur Bär, Gemmingen: Geschäftsführer Ralf Bär erklärt Josip Juratovic die preisgekrönte fahrende Werkbank.

Arbeitsplätze sichern und durch Innovationen neue Arbeitsplätze schaffen soll. Wie das funktioniert, erfuhr Josip Juratovic bei der Firma **Otto Fischer in Siglingen**. Dort konnte durch das Bundesprogramm eine spezielle Maschine zur Parkett-Herstellung entwickelt und damit Arbeit gesichert werden.

„Dass wir so gut aus der Krise herausgekommen sind, ist unserem stärkeren Mittelstand und dem beherzten Handeln der Politik zu verdanken“, analysiert Juratovic. Dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die gute wirtschaftliche Lage als ihren Erfolg verbuche, ärgert ihn: „Man müsste eigentlich sagen: die wirtschaftliche Lage ist trotz schwarz-gelber Chaospolitik gut. Die SPD war in der Großen Koalition der Motor und hat die Konjunkturpa-

kete durchgesetzt.“

Die Konjunkturpakete sind ein Erfolg, bilanziert Juratovic nach seinem Besuch in Siglingen: „Es macht Sinn, in den Mittelstand zu investieren. Denn der verbrennt sein Geld nicht an der Börse, sondern steckt es in die Köpfe seiner Mitarbeiter und in Innovationen.“

Ein solches innovatives Unternehmen ist auch die Firma **Artur Bär aus Gemmingen**, die auf einer internationalen Fachmesse den ersten Preis für das beste Produkt im Bereich Montage erhalten hat. „Ein solcher Preis ist eine riesige Motivation für die Mitarbeiter. Das zeigt, dass die Chemie im Unternehmen und in der Unternehmensführung stimmt“, lobt Juratovic.

Dass die überregionale Verkehrsanbindung von entscheidender Bedeutung für die regionalen Unternehmen ist, bestätigte das Unternehmen **Solvay Fluor GmbH in Bad Wimpfen**, die Grundchemikalien für die weiterverarbeitende Industrie herstellt. Und diese zumeist vom werkseigenen Bahnanschluss und der Schiffsanlegestelle am Neckar transportiert. „Das Beispiel Solvay sollte Schule machen, um unsere Straßen von unnötigen LKW zu entlasten. Ich freue mich, dass ich damit auch in meinem Einsatz für einen Ausbau des Neckars als Schifffahrtsweg und eine bessere Bahnanbindung der Region Unterstützung erhalte“, verkündet Juratovic. Den Güterverkehr von der Straße auf Schiene und Wasser zu bringen ist gut für die Anwohner und schützt das Klima.

Dass Klimaschutz auch die Hauptaufgabe eines Unternehmens sein kann, erfuhr Juratovic neckaraufwärts in **Bad Friedrichshall**. Die Firma **Rund ums Haus GmbH**, die eine komplette Sanierung von Häu-



Otto Fischer, Siglingen: Firmeninhaber Otto Fischer (l.) und Entwickler Josef Czillich (2.v.l.) führen ihre neue Parkettpresse vor.

sern aus einer Hand anbietet, legt ihren Schwerpunkt auf Energieberatung. Weil die Firma hinter nachhaltigen Konzepten steht, hat sie eine so genannte Aktivfassade entwickelt. „Das Konzept hat Zukunft“, ist Juratovic überzeugt: „Wir als SPD haben durchgesetzt, dass der Bund seit 2001 die Gebäudesanierung unterstützt. Das schafft Arbeitsplätze, verbessert die Wohnqualität und schützt die Umwelt.“

Aus jedem Betrieb, den Juratovic besucht hat, kann er wichtige Anregungen mit nach Berlin nehmen. Etwa auch zum viel diskutierten Thema eines drohenden Fachkräftemangels: „Ich habe in allen Unternehmen gesehen, dass Wert gelegt



Rund ums Haus, Bad Friedrichshall: Geschäftsführer Harald Feist (2.v.l.) begrüßt Josip Juratovic und Ehefrau Christina.

wird auf gut ausgebildetes Fachpersonal und eigene **Ausbildung**. Das ist wichtig. Wenn sich alle Unternehmen dies zu Herzen nehmen würden, hätte ich keine Sorge um die Fachkräfteentwicklung.“



# Perspektiven für die Zeit nach der Schule

## Initiativkreis für Hauptschüler freut sich über positive Resonanz bei Ausbildungsmesse

„Die Resonanz ist überwältigend“, freut sich Josip Juratovic beim Rundgang über die von ihm mitinitiierte Messe „Wir bilden Hauptschüler aus“. Mehr als 400 Anmeldungen waren eingegangen, im Haus der Handwerkskammer in Heilbronn ist kaum mehr ein freier Platz zu finden. Die Jugendlichen informieren sich an den Ständen von 23 Firmen und Institutionen aus der Region über deren Ausbildungsangebot speziell für Hauptschüler.

Überwältigt von dem Interesse sind auch die Firmeninhaber und Lehrbeauftragten an den Ständen. Denn die Jugendlichen sind interessiert und motiviert, fragen nach Ausbildungsbedingungen und Praktika. Einige Praktikumsstellen werden vor Ort fest ausgemacht. Die Organisatoren des Initiativkreises „Hauptschülern eine Chance geben“ um Josip Juratovic sind

begeistert, dass die Veranstaltung so gut angenommen wird. Seit mehreren Jahren organisieren sie Aktionstage, um den jungen Leuten Perspektiven aufzuzeigen. „Wir suchen nach kreativen Lösungen und fragen, was jeder einzelne Verantwortungsträger tun kann, um Chancen für Ausbildung zu schaffen“, gibt Juratovic als Devise aus. Der Lions-Club Heilbronn-Wartberg hat ein Patenschaftsprojekt ins Leben gerufen: Der IHK-Vizepräsident Oliver Durst unterstütz-

te beispielsweise den 19-jährigen Hasan: „Wir haben gemeinsam Bewerbungen geschrieben und für das Vorstellungsgespräch geübt“, berichtet Hasan, der seine Lehre als Elektroniker inzwischen mit Erfolg abgeschlossen hat. Die 15-jährige Güldeniz wurde von Renate Rabe von der IHK unterstützt, etwa mit Nachhilfe in Mathematik, damit sie eine Ausbildungsstelle als Kauffrau für Bürokommunikation finden konnte.



Aktiv im Einsatz für Ausbildungsplätze: Renate Rabe von der IHK, Josip Juratovic und IHK-Vizepräsident Oliver Durst (2.v.l.)

Doch alleine die Unterstützung der Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche reicht nicht: Die Zusammenarbeit mit den Unternehmen ist wesentlich, damit diese mehr Ausbildungsstellen schaffen. Juratovic: „Dass man vor Ort etwas für mehr Ausbildung tun kann, zeigt der Erfolg unserer Ausbildungsmesse. Auch weiterhin werde ich bei jedem Betrieb und bei jeder Stadtverwaltung dafür werben, Ausbildungsplätze zu schaffen!“

# Regierung lässt Altbewerber im Stich!

## Schwarz-Gelb kürzt bei der Ausbildungsförderung für Jugendliche

Förderungsbedürftige Ausbildungssuchende haben in Zukunft das Nachsehen: Der Ausbildungsbonus, der auch in der Region Heilbronn ein Erfolgsrezept war, wird von Union und FDP nicht verlängert. Josip Juratovic: „Schwarz-Gelb zeigt damit, auf wessen Rücken sie sparen: Jugendliche, die bislang keinen Ausbildungsplatz erhalten hatten, bekommen in Zukunft noch weniger Chancen!“

Mit dem Ausbildungsbonus, der 2008 auf Bestreben der SPD-Fraktion beschlossen wurde, werden Unternehmen finanziell gefördert, die zu-

sätzliche betriebliche Ausbildungsplätze schaffen für Jugendliche, die bislang benachteiligt waren. Besonders Altbewerber, die bereits ein oder mehrere Jahre erfolglos versucht hatten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, haben dadurch eine

Chance auf Ausbildung bekommen. Bis September 2010 haben mehr als 40.000 Altbewerber durch den Ausbildungsbonus eine Berufsausbildung erhalten.

Die Fördermöglichkeit läuft zum 1. Januar 2011 aus. Union und FDP haben sich geweigert, die Maßnahme zu verlängern. Alternativen wurden nicht geschaffen. Juratovic ist sauer: „Schwarz-Gelb kürzt damit bei denen, die staatliche Unterstützung besonders nötig haben und lässt Jugendliche bei ihrem Einstieg ins Berufsleben im Stich.“



Heilbronner Jugendliche zeigen, dass nur wenige Schüler einer Hauptschulklasse einen Ausbildungsplatz erhalten konnten.





# „Stuttgart 21 mit Volksabstimmung stärken!“

Juratovic hat Verständnis für die Proteste und will nun das Volk abstimmen lassen

**Josip Juratovic beschäftigt sich als SPD-Landesvorstandsmitglied schon seit vielen Jahren mit dem Projekt Stuttgart 21. Dass die schwarz-gelbe Landesregierung das Großprojekt nun mit Wasserwerfern durchsetzen will, anstatt mit den Bürgern gemeinsam eine Lösung zu finden, ist ihm unverständlich.**

Die SPD hat sich auf zahlreichen Landesparteitagen mit dem „Jahrhundertprojekt“ befasst. „Es gab bei uns schon immer Gegner wie Befürworter, die leidenschaftlich über den geplanten unterirdischen Bahnhof diskutiert haben“, erinnert sich Juratovic. Er selbst hat – wie die Mehrheit der Landes-SPD – das Projekt für richtig befunden, weil der Bahnverkehr im Ländle in den ver-

gangenen Jahrzehnten aufs Abstellgleis geraten war.

Stuttgart 21 wäre ein **Quantensprung für den Bahnverkehr in Baden-Württemberg**, denn es sorgt für schnellere Verbindungen und macht die Bahn somit für die Menschen attraktiver, gibt sich Juratovic überzeugt: „Für die Region Heilbronn ist Stuttgart 21 ein Glücksfall. Die verbesserte Anbindung in Richtung Süden und Stuttgarter Flughafen wird die wirtschaftliche Entwicklung bei uns befördern und mehr Verkehr auf die Schiene bringen.“

Gute Argumente für ein Zukunftsprojekt, die jedoch von vielen Bürgern nicht akzeptiert werden. Und das kann Juratovic verstehen: „Ein Zukunftsprojekt wie Stuttgart 21 bedeutet viele Jahre Planungs- und Bauzeit, die Stadt Stuttgart wird in ihrer Mitte baulich komplett umgestaltet. Es ist die Aufgabe der politisch Verantwortlichen, die **Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für Stuttgart 21** und die lange Bauphase

zu gewinnen. Keine Frage: Das wurde versäumt. Dies wäre die Aufgabe der schwarz-gelben Landesregierung und des Stuttgarter CDU-OB Wolfgang

Schuster gewesen. Mit Wasserwerfern jedenfalls lässt sich dies nicht erreichen!“

Juratovic nimmt Jahr für Jahr hunderte Termine in seinem Wahlkreis wahr, hat unzählige Kontakte mit Menschen. „Das Gefühl, dass ‚die da oben‘ doch nur machen, was sie wollen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Die Menschen fühlen sich zunehmend von der Politik nicht ernst genommen“, stellt Juratovic fest. Er hält es für eine wichtige Aufgabe der Politiker, diese Situation zu verändern: „Ich glaube nach wie vor, dass eine repräsentative Demokratie die beste Regierungsform ist.



Aber wir müssen Möglichkeiten schaffen, damit die **Bürgerinnen und Bürger bei bestimmten Fragen direkt mitentscheiden** können.“

Die konkrete Lösung bei Stuttgart 21 wäre eine **Volksabstimmung** in Baden-Württemberg, gibt sich Juratovic überzeugt. Die SPD fordert diese schon seit Herbst, schwarz-gelb hat eine Volksabstimmung jedoch verhindert. Als Regierungspartei nach dem 27. März wird die SPD eine

Volksabstimmung sofort beschließen. Sicherlich komme die Einbeziehung der Bevölkerung sehr spät, da grundlegende Entscheidungen bei Stuttgart 21 – etwa der Tunnelbahnhof und die Neubautrasse via Flughafen nach Ulm – bereits gefallen seien. „Wir zeigen damit jedoch, dass wir es mit der Mitbestimmung durch die Bevölkerung ernst meinen. Und wir erreichen mit einer hoffentlich gewonnenen Volksabstimmung eine starke Legitimation für Stuttgart 21.“

Ob Juratovic auch eine Ablehnung durch die Volksabstimmung akzeptiert? „Ja natürlich, aus Respekt vor dem demokratischen Souverän. Ich werde jedoch **für eine Zustimmung werben**. Es ist klar, dass bei einem Nein nicht automatisch das alternative Kopfbahnhof-Konzepts der Gegner kommt, denn jedes neue Konzept muss erst über Jahre auf offiziellem Wege geplant und genehmigt werden. Auch ist klar, dass bei einem Nein die bisher entstandenen Kosten in Milliardenhöhe bezahlt werden müssen.“

Darüber, dass gerade die Grünen mit ihrem Nein zu Stuttgart 21 gegen den Ausbau der Bahn und des ökologischen Verkehrs stimmen, kann Josip Juratovic nur den Kopf schütteln. Ein Scheitern von Stuttgart 21 würde die weitere Entwicklung des Bahnnetzes im Ländle stark zurückwerfen.

## Landesregierung versagt bei Frankenbahn

Im April 2010 haben sich Deutsche Bahn und das Land Baden-Württemberg endlich auf eine Verbesserung für die Frankenbahn von Heilbronn nach Würzburg geeinigt: Der Stundentakt soll kommen, die Strecke wird ertüchtigt, die Verbindungen in Würzburg werden künftig besser erreicht. Dieser Erfolg war überfällig. „Als Wagenmaterial bleiben uns allerdings die alten Silberlinge erhalten, weil das Land Baden-Württemberg bei

der langjährigen Streckenausschreibung schlecht verhandelt hat. Und das bleibt bis 2016 so. Wir haben Züge von vor 40 Jahren, das ist kein akzeptabler Zustand für unsere Region“, empört sich Josip Juratovic.

Das Beispiel zeigt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den öffentlichen Nahverkehr gering schätzt. Leidtragende sind einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger.

# Am 27. März ist Landtagswahl: Mit der SPD die Zukunft wählen!

Liebe Wählerin, lieber Wähler!

Am 27. März wird in Baden-Württemberg ein neuer Landtag gewählt. Es ist offen, wer die nächste Landesregierung stellt. Die Entscheidung liegt in Ihrer Hand. Die SPD hat die richtigen Konzepte für die Zukunft unseres Landes.

Vor allem steht die SPD für einen neuen Politikstil. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen regieren und uns nicht in politischer Selbstgefälligkeit verlieren. Schwarz-gelbe Hinterzimmerpolitik, wie zuletzt bei dem überteuerten Rückkauf von EnBW-Aktien, wird der Vergangenheit angehören. Unser SPD-Spitzenkandidat Nils Schmid steht für einen Neuanfang.

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es eine greifbare Chance, verkrustete Strukturen im Land aufzubrechen und die schwarz-gelbe Landesregierung abzuwählen. Dafür brauchen wir eine starke SPD in der Regierung.

Ich werbe um Ihre Stimme am 27. März für die SPD, für Nils Schmid und für unsere Kandidaten in der Region: Reinhold Gall, Rainer Hinderer und Ingo Rust. Die Wahllokale sind von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Ich bitte Sie: Helfen Sie mit, sprechen Sie mit Nachbarn, Freunden, Vereins- und Arbeitskollegen. Denn nur gemeinsam können wir einen Politikwechsel erreichen!

Mit freundlichen Grüßen

Dafür steht die SPD Baden-Württemberg:

**1. Für eine starke Wirtschaft, von der alle profitieren.** Mit einer öffentlichen Auftragsvergabe, die den Mittelstand stärkt, fairen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen.

**2. Für ein Gesundheitssystem, das für alle da ist.** Wir sind gegen die Privatisierung von Krankenhäusern, sondern stehen für deren Um- und Ausbau besonders auf dem Land. Wir wollen mehr Menschlichkeit in der Pflege ermöglichen. Das Thema Gesundheit braucht viel mehr Aufmerksamkeit.

**3. Für ein gerechtes Bildungssystem, das jedes Kind mitnimmt und niemandem das Studium aus finanziellen Gründen verwehrt.** Wir wollen längeres gemeinsames Lernen im Dialog mit Schülern, Lehrern und Eltern ermöglichen. Die von schwarz-gelb eingeführten Studiengebühren schaffen wir ab.

**4. Für mehr Familienfreundlichkeit mit besserer Betreuung.** Familie und Beruf müssen für Väter und Mütter besser miteinander vereinbar sein. Dazu gehören frühkindliche Betreuung und flexible Arbeitsmodelle für junge Eltern.

**5. Für eine saubere und sichere Energieversorgung in unserem Land.** Wir wollen Wind- und Solarenergie, Wasserkraft, Erdwärme und Biomasse konsequent ausbauen. Damit schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze im Mittelstand!

Kompetente Vertreter für unsere Region und unser Land:



**Nils Schmid**

Spitzenkandidat der SPD

Baden-Württemberg:

Mit Herz und Verstand für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg.



**Rainer Hinderer**

Wahlkreis Heilbronn:

Als Fachmann für Soziales nach Stuttgart!



**Reinhold Gall**

Wahlkreis Neckarsulm:

Mit handwerklichem Sachverstand und landespolitischer Erfahrung.



**Ingo Rust**

Wahlkreis Eppingen:

Mit Kompetenz für Finanzen und Kirchen im Landtag aktiv.



# 1 Jahr Schwarz-Gelb: Politik zum Abwählen

Union und FDP treiben die soziale Spaltung voran und beschenken die eigene Klientel

**Herr Juratovic, im Oktober 2009 übernahmen Union und FDP die Regierungsgeschäfte. Was ist seitdem geschehen?**

Schwarz-Gelb hat unserem Land geschadet: Die soziale Spaltung wird verschärft, während Klientelgeschenke an Lobbyisten verteilt werden. Ein Beispiel dafür ist das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Damit werden Steuern für Wohlhabende gesenkt, besonders für Hoteliers. Bund, Länder und Kommunen nehmen dadurch jährlich 20 Milliarden Euro weniger ein!

der Kinderarmut: Die liegt darin begründet, dass die Eltern für ihre Arbeit zu schlecht bezahlt werden oder durch den Wegfall der aktiven Arbeitsmarktpolitik arbeitslos bleiben!

**Im Herbst 2010 gingen zahlreiche Menschen gegen die schwarz-gelbe Atompolitik auf die Straße. Waren Sie auch dabei?**

Selbstverständlich! Ich habe in Heilbronn, am Atomkraftwerk Neckarwestheim und in Berlin demonstriert. Die schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung für

ignoriert: Zukünftige Beitragssteigerungen müssen einseitig von den Arbeitnehmern getragen werden. Das ist der Ausstieg aus dem solidarischen Gesundheitssystem und der Einstieg in das unsoziale Modell der Kopfpauschale! Die Menschen wünschen sich sozialdemokratische Gesundheitspolitik zurück. Zu Recht.

**Als Opposition kritisieren Sie natürlich hauptsächlich die Regierung. Was sind die eigenen Konzepte der SPD?**

Als Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker habe ich die Bundesregierung mehrfach aufgefordert, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, um Geringverdiener gerecht zu entlohnen. Besonders mit der Vollendung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, wenn ab 1. Mai 2011 die Arbeitnehmer aus acht weiteren EU-Staaten bei uns arbeiten können, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn als Lohnuntergrenze! Ich dränge zudem auf eine wirksame Kontrolle der Leiharbeit, um Ausbeutung und Missbrauch zu verhindern. Zu diesen Themen haben wir detaillierte Anträge vorgelegt. In anderen Politikfeldern haben meine Fraktionskollegen Konzepte für eine bessere Förderung der erneuerbaren Energien und für ein gerechtes Gesundheitssystem mit einer Bürgerversicherung vorgelegt. Schwarz-Gelb hat demonstriert, dass sie Politik zum Abwählen machen. Dazu haben wir am 27. März in Baden-Württemberg eine erste Chance: Mappus abwählen und Nils Schmid zum Ministerpräsidenten wählen!



**Wenn der Staat weniger Geld einnimmt, müssen auch die Ausgaben zurückgefahren werden. Wo geschehen denn diese Kürzungen?**

Union und FDP sparen in erster Linie bei Kindern und Langzeitarbeitslosen. In der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden über 2 Milliarden Euro gestrichen. Programme für Langzeitarbeitslose, um zurück in Arbeit zu kommen, werden gekürzt. Gerade einmal 700 Millionen Euro sind es Arbeitsministerin von der Leyen wert, um Kindern aus bedürftigen Familien zu helfen. Das ist Symbolpolitik, denn sie ändert nicht die Ursachen

Atomkraftwerke spült der Atomindustrie enorme Gewinne in die Kassen. Die über 340.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien werden gefährdet.

**Ein weiteres „Großprojekt“, mit dem Union und FDP angetreten sind, war die Gesundheitsreform. Was ist daraus geworden?**

Die so genannte Gesundheitsreform ist auf ganzem Weg gescheitert. Die drängenden Fragen der Finanzierung unserer Sozialsysteme wurden vertagt, soziale Belange schlicht und einfach

*Das Interview führte Michael Zeiner, Praktikant im Büro von Josip Juratovic.*



# Arbeitswelt altersgerecht gestalten

## Schwarz-Gelb beschönigt die Situation älterer Arbeitnehmer



Um die Rente ab 67 einführen zu können, ist eine bessere Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmer notwendig. Josip Juratovic, stellvertretender Rentensprecher der SPD, hat dies in mehreren Reden im Plenum des Bundestages betont: „Nur wenn die Menschen überhaupt eine Chance haben, länger zu arbeiten, ist die Erhöhung

des Renteneintrittsalters keine Rentenkürzung. Das habe ich schon 2007, als die Erhöhung des Renteneintrittsalters beschlossen wurde, im Bundestag erklärt.“ Auf Druck der Sozialdemokraten wurde damals eine Überprüfungs-klausel ins Gesetz geschrieben. Die Bundesregierung muss alle vier Jahre

einen Bericht über die Arbeitsmarktsituation für ältere Arbeitnehmer vorlegen.

Der erste Bericht erschien im November 2010. Die Beschäftigungszahlen Älterer haben sich in den vergangenen Jahren verbessert. Das ist gut. Die Bundesregierung versucht aber, die Zahlen noch schöner zu reden. Mit der aktuellen sozialversi-

cherungspflichtigen Beschäftigung von nur 22,4 Prozent der rentennahen Jahrgänge, also der Personen im Alter von 60 bis unter 65 Jahren, sei erst ein Teilerfolg erzielt, so Juratovic.

Er fordert daher von der Bundesregierung, endlich Anstrengungen zu unternehmen, um die Arbeitswelt altersgerecht zu gestalten: „Wir brauchen flexible Ausstiegsmodelle, eine Teilrente, umgestaltete Arbeitsplätze und einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz. Nur dann können die Menschen tatsächlich länger arbeiten. Denn unser Ziel ist, dass jeder gesund in Rente gehen und von dieser Rente anständig und in Würde bis ins hohe Alter leben kann.“

# Integration mit Herz und Verstand

## Ein Plädoyer für mehr Empathie in der Integrationspolitik

*Dieser Text ist ein Ausschnitt aus einem Artikel von Josip Juratovic, der in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Berliner Republik“ erschienen ist.*

In der derzeitigen Integrationsdebatte wird hauptsächlich über Bildungspolitik und Fachkräftemangel gesprochen. Diesen Fehler, nur an Arbeitskräfte und Wirtschaft zu denken, haben Migranten und Aufnahmegesellschaft bereits bei der Ankunft der Gastarbeiter begangen. Wir müssen die gesellschaftlichen Auswirkungen von Migration und Integration in den Vordergrund stellen!

Integration fängt mit einem Zugehörigkeitsgefühl an. In meiner Zeit als Fließbandarbeiter bei Audi habe ich mit Kollegen aus über 50 Nationen zusammengearbeitet. Doch bei Audi haben wir uns wie eine Familie gefühlt, wir hatten eine gemeinsame Identifikation als „Audianer“. Ein solches Gefühl müssen wir im gesamten Land schaffen: „Wir sind alle Deutsche!“

Viele Migranten haben den Eindruck, dass in der Politik nur über kleinteilige technokratische Gesetzesänderungen diskutiert und der emotionalen Bedeutung von Politik keine Beachtung geschenkt wird. Wir Sozialdemokraten waren immer eine Partei mit Herz

und Verstand. Die Integrationsdebatte wurde bisher von zahlreichen auf Verstand begründeten Expertenmeinungen dominiert. Das Herz und das Einfühlungsvermögen sind dabei untergegangen. Diese wichtige Seite von Integrationspolitik, die Politik mit Empathie, müssen wir stärker in unsere Arbeit einbeziehen.

Die Erfahrungen des Dazu-Gehörens und der Anerkennung, die so entscheidend sind für Integration und Identifikation, habe ich nicht bei staatlichen Institutionen wie Ausländerämtern oder dem Arbeitsamt erfah-



Josip Juratovic nimmt im Jahr 2008 den Integrationspreis der Diaphania Heilbronn für die Friedensorganisation „Novi Most - Neue Brücke“ entgegen.

ren, sondern in meinem privaten Umfeld. In meinem Heimatort Gundelsheim war ich bei Sommerlagern des Roten Kreuzes und kämpfte mit den Jusos für ein Jugendhaus. Auf dieser konkret erfahrbaren Integration vor Ort, die zum Glück viele Einwanderer in unserem Land erleben, müssen wir unsere Debatte aufbauen.

*Den Volltext des Artikels erhalten Sie unter [www.b-republik.de](http://www.b-republik.de) oder im Heilbronner Bürgerbüro von Josip Juratovic.*







Josip Juratovic bei den Heilbronner „Südstadtkids“.



Mit Paul Mack und Kurt Fuchs auf dem Böckinger Wasserturmfest.



Mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Reichstagsgebäude.



Treffen mit dem kroatischen Präsidenten Ivo Josipovic.



Zu Besuch bei der Ellhofener Kärwe.



Oliver Schmautz aus Erlenbach geht mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm ein Jahr in die USA.



Mit SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel beim 90-jährigen Jubiläum des SPD-Ortsvereins Bad Rappenau.



Mit Fraktionskollegen auf dem Equal Pay Day in Berlin: Demonstration für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern.



Ehrung von Magdalene Schwandt und Klaus Kirchgeßner beim Willy-Brandt-Abend der SPD Heilbronn-Land.



Unterstützung für den Heilbronner Kinderschutzbund am Weltkindertag.



Bei der Messe „Wir bilden Hauptschüler aus“ in Heilbronn.



Mit Neumitglied Dr. Heidi Kotschate auf dem SPD-Freundschaftsfest in Gundelsheim.



Peter Struck auf Achse: Kurze Rast auf der Löwensteiner Platte.

**Kontakt und Impressum:**  
 Bürgerbüro Josip Juratovic  
 Untere Neckarstraße 50  
 74072 Heilbronn  
 josip.juratovic@wk.bundestag.de  
 Tel.: 07131/783616  
 Fax: 07131/783615  
 www.juratovic.de

**Redaktion:** Christian Eheim, Antonia Fleischmann, Jürgen Graner, Josip Juratovic (V.i.S.d.P.), Kira Sagner, Ines Schmiedl, Christian Steg, Marlene Steg, Isabel Straka  
**Layout:** Marlene Steg  
**Druck:** Graphische Anstalt Link, Heilbronn  
**Auflage:** 5.000

Wer regelmäßig nach jeder Sitzungswoche über Josip Juratovics Arbeit in Berlin informiert werden möchte, kann den Berlin-Brief (per E-Mail oder Post) abonnieren. Bei Interesse bitte das Bürgerbüro kontaktieren!

Bildnachweise: Andrea Meister, Atelier Schneider, SPD-Parteivorstand, SPD BW, Ingo Rust, Team Mast, Team Juratovic.



Bundespräsidentenwahl.



Jusos besuchen Josip Juratovic in Berlin.



Mit Judith Dongus, Heilbronner Jugendgemeinderätin, beim Jugendpresstetag.